



Kommu-Narwal

Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm

der

GRÜNEN JUGEND Göttingen

2016



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Jugendpolitik.....	3
Kultur- und Sportpolitik.....	3
Internationales.....	3
Asylpolitik - Göttingen als abschiebefreie Stadt.....	4
Arbeit gegen Rechts/Antifaschismus.....	5
Drogenpolitik.....	5
Netzp politik.....	6
Wohnraum.....	6
Sozialpolitik.....	7
Feminismus/Frauen*politik.....	7
Homo- und Trans*phobie.....	8
Ökologie/Tierschutzpolitik.....	9
Gedenkpolitik.....	10
Rechtsstaat.....	10

Einleitung

In diesem Programm finden Sie die kommunalpolitischen Grundsätze und Forderungen der GRÜNEN JUGEND Göttingen. Feminismus, Solidarität und Ökologie sind unsere Leitlinien und wir stehen konsequent für den Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Umweltzerstörung.

Viel Spaß beim Lesen!

GRÜNE JUGEND Göttingen im April 2016

www.gj-goettingen.de
goettingen@gj-nds.de
twitter.com/gjgoettingen
Wendenstraße 5
37075 Göttingen



Jugendpolitik

Die Schaffung einer familien-, kinder- und jugendfreundlichen Atmosphäre ist für uns die größte Investition in die Zukunft. Fundamental wichtig ist dabei die Beteiligung junger Menschen an politischen Abläufen, um bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an der Vielfalt des kommunalen Lebens zu wecken. Dieses muss gefördert und gestärkt werden, in dem Jugendliche direkt mit einbezogen werden, sei es bei größeren Entscheidungsprozessen oder Entscheidungen, die "nur" das eigene Viertel betreffen. Deshalb fordern wir und treten ein für:

- mehr politische Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen, z.B. durch die Einführung eines real mitspracheberechtigten Jugendparlamentes. Kooperationspartner könnten dabei der Stadtschüler*innenrat und der Stadtjugendring sein. Auf Kreisebene unterstützen wir das im Aufbau befindliche Jugendforum und rufen interessierte Jugendliche zur Teilnahme auf.
- die bedarfsgerechte Finanzierung des Stadtjugendrings.
- den Ausbau des ÖPNV vom Umland in die Stadt für Jugendliche aus den Dörfern, sowie eine kostengünstige Bereitstellung eines Bustickets auch in der Oberstufe.
- eine Befragung der Schüler*innen, ob der Schulbeginn auf neun Uhr verlegt werden soll, und daraus potentiell resultierend die Durchführung eines Pilotprojektes. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass ein späterer Schulbeginn dem natürlichen Biorhythmus von jungen Menschen stärker entspricht als die bisherige Uhrzeit.
- den Erhalt und Ausbau von Jugendräumen und -zentren, beispielsweise dem Juzl oder den Jugendzentren in Grone und Weende.
- die Schaffung und Förderung eines guten Sport- und Kulturangebots im ländlichen Raum.
- die Abschaffung des Handy-Verbot es an Göttinger Schulen während der Pausenzeiten.
- den Ausbau und Renovierung von Kinderspielplätzen.
- die Schaffung eines Hochseilgartens am Kehr und damit eine gleichzeitige Aufwertung als Naherholungsgebiet.

Kultur- und Sportpolitik

Die vielfältige Kultur- und Sportlandschaft Göttingens macht die Stadt lebenswert. Seien es etablierte Institutionen oder eher subkulturell geprägte Strukturen. Dieses breite Angebot darf nicht der Sparpolitik zum Opfer fallen, sondern muss erhalten und ausgebaut werden. Die Kultur- und Sportförderung fällt nach kommunalen Grundsätzen unter die "freiwilligen Leistungen", für die nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und bei denen auch als erstes gekürzt wird, wenn Sparmaßnahmen umgesetzt werden. Deswegen setzen wir uns ein für:

- die breite Unterstützung von kulturellen Angeboten und nicht nur die Förderung "elitärer" Kulturangebote. In diesem Zuge fordern wir die Umwandlung des Göttinger Symphonie-Orchesters (GSO) in ein Landesorchester, um finanzielle Mittel für andere Kulturangebote freizumachen.
- eine möglichst breit aufgestellte Sportförderung, die sich nicht nur auf den Spitzensport konzentriert. Möglich wäre hier eine Kooperation zwischen Uni und Kommune, die es Schüler*innen ermöglicht, die Angebote des Uni-Sports kostengünstig zu nutzen.
- die Unterstützung und den Erhalt von kleinen, subkulturellen Clubs und Kulturräumen.
- den Ausbau und die Schaffung von Proberäumen für (Nachwuchs-)Bands.
- die Schaffung eines Jugend-Orchesters, das die Lücke zwischen Göttinger Symphonie-Orchester und Schul-/ und Kirchen-Orchestern schließt.
- die Freigabe bzw. Bereitstellung von weiteren Wänden für Graffiti-Kunst.

Internationales

Göttingen ist eine weltoffene und lebendige Stadt. Damit dies so bleibt, müssen Austausch und die Vernetzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft gefördert und gestärkt werden. Deswegen setzen wir uns ein für:

- eine Städtepartnerschaft mit der nordsyrisch-kurdischen Stadt Qamishlo.

- die Unterstützung der Stadt für eine Teilnahme Göttinger Schulen an dem Projekt "Model United Nations".
- die Schaffung und Unterstützung von internationalen Cafés und Treffpunkten.
- die Unterstützung von migrantischen Selbstorganisationen wie dem Roma-Center und dem Anatolischen Kulturzentrum.
- die Stärkung und Förderung des Migrationszentrums.
- eine Stärkung des Integrationsrates. Dieser muss als Vertretung der in Göttingen lebenden Migrant*innen mehr politischen Einfluss bekommen.
- die Unterstützung internationaler Sportteams, wie der inklusiven Flüchtlingsmannschaft der Supporters Crew 05 und des 1.SC Göttingen 05.
- die konsequente Anwendung des Gesetzes zur Ächtung und Ahndung rassistischer Einlasskontrollen an Discotüren. Diese hat es in der Vergangenheit in Göttingen nicht selten gegeben.

Asylpolitik - Göttingen als abschiebefreie Stadt

Bundesweit befinden sich rassistische Ideologien und Vorurteile derzeit auf dem Vormarsch. Unter diesem Eindruck hat die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD - z.T. mit Unterstützung der Grünen - mehrere Gesetzesverschärfungen im Asylrecht verabschiedet, die auch in Göttingen katastrophale Auswirkungen haben. Insbesondere Roma, darunter viele in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder und Jugendliche, sind von Abschiebung bedroht. Dieses lehnen wir als rassistisch und menschenverachtend ab. Wir fordern eine Kehrtwende in der Asylpolitik, die zuallererst die Menschen und ihr persönliches Schicksal in den Mittelpunkt stellt. Deshalb setzen wir uns ein für:

- die stärkere Ausnutzung rechtlicher Spielräume in Göttingen, um Abschiebungen von vornherein zu verhindern.
- die Blockade von Abschiebungen durch zivilgesellschaftlichen Protest. Wir rufen explizit zu massenhaften Menschenblockaden und zivilem Ungehorsam auf und unterstützen Initiativen wie "Gemeinsam mehr erreichen. Abschiebungen blockieren!"
- eine großzügige Auslegung der Altfallregelungen für langjährig in Deutschland lebende Menschen, damit diese dadurch ein Bleiberecht erhalten. Das gilt insbesondere für Roma.
- die vollständige Freigabe der Akten in Asylverfahren für die Rechtsanwält*innen der Betroffenen - auch wenn dadurch der Termin der Abschiebung den Anwält*innen bekannt wird. Wir teilen die Rechtsauffassung von Pro Asyl, dass hier ein Ermessensspielraum wenn nicht gar eine Verpflichtung der Behördenseite zu voller Transparenz vorliegt.
- die Ablehnung der von der Bundesregierung geplanten Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge. Wir schließen uns der Einschätzung des Deutschen Instituts für Menschenrechte an, dass diese Residenzpflicht nicht mit Genfer und Europäischer Flüchtlingskonvention vereinbar ist.
- die Achtung des Kirchenasyls. Dieses darf von Behördenseite nicht angetastet werden.
- die Einführung sensibilisierender antirassistischer Trainings für Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde, um so interkulturelle Kompetenz und eine Willkommenskultur auch in den Behörden zu realisieren.
- eine stärkere konkrete Unterstützung ehrenamtliche Helfer*innen, z.B. durch den Zugang zu Gemeinschaftsräumen in Geflüchtetenunterkünften für Deutschkurs-Angebote o.ä.
- die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie dem BAZ in Friedland, Göttingen Hilft, Conquer Babel und der Refugee Law Clinic.
- einen umfassenden und unbürokratischen Zugang für Geflüchtete und Illegalisierte zu medizinischen Leistungen. Wir unterstützen ausdrücklich Projekte wie den Anonymen Krankenschein der Medizinischen Flüchtlingshilfe Göttingen und die elektronische Gesundheitskarte.

- eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten. Die Kommune soll dafür insgesamt mehr sozialen Wohnraum schaffen, der auch für Familien, Menschen mit geringem Einkommen und Studierende/Auszubildende dringend benötigt wird.

Arbeit gegen Rechts/Antifaschismus

Auch in und rund um das "nazifreie" Göttingen ist ein Erstarren der Neuen Rechten und der Neonaziszene und eine Zunahme von Rassismus, Nationalismus und damit einhergehenden gewalttätigen Übergriffen zu beobachten. Es ist wichtig, dass sich Gesellschaft und Politik klar gegen diese menschenverachtenden Ideologien positionieren. Deswegen setzen wir uns ein für:

- zivilgesellschaftlichen Protest und die Blockade und Störung von Naziaufmärschen und extrem rechten Veranstaltungen, um diese so zu verhindern. Menschenfeindlichkeit und der Aufruf zu rassistischer Gewalt bewegen sich außerhalb des Rahmens der Meinungsfreiheit.
- die Unterstützung von Anti-Nazi-Protesten vor Ort, gerade im ländlichen Raum, z.B. der Proteste gegen das jährliche Nazi-Rock-Event "Heimattag" in Leinefelde (dieses Jahr am 28.05.2016). Es darf keine "ruhiges Hinterland" für Neonazis geben.
- die Unterstützung von Opfern rassistischer und anderweitig menschenfeindlich motivierter Gewalt und Übergriffen. Die ab 2016 vom Land Niedersachsen zur Verfügung gestellten Beratungsangebote sollen bekannt gemacht und genutzt werden.
- die Schaffung einer lokalen Dokumentationsstelle gegen Menschenfeindlichkeit. Dort sollen behördlich erfasste Vorfälle mit extrem rechten Hintergrund (z.B. aus der PMK rechts) gebündelt werden. Gleichzeitig soll die Stelle auch für die Zivilgesellschaft ansprechbar sein. Vorfälle (z.B. Auftauchen neonazistische Aufkleber, rassistische Veranstaltungen) können gemeldet werden. Ziel ist die Präsentation eines jährlichen Berichts, der öffentlich vorgestellt wird und der Sensibilisierung für "rechter Hotspots" und der Frühindikation rechter Etablierungstendenzen dient. Dabei sind die Vernetzung der rechten Szene über Landkreis- und Ländergrenzen ("Kameradschaft Dreiländereck") und größere Vorfälle in der Nähe von Göttingen (Brandanschlag Asylunterkunft Bischhagen) ebenfalls zu beachten.
- die Fortsetzung der Teilnahme des Lkr. Göttingen am Bundesprogramm "Partnerschaft für Demokratie". Im Hinblick auf die Fusion mit Osterode ist ein Ausbau der Stellenzahl anzustreben.
- die Förderung der Präventionsarbeit im Jugendbereich, um der Bildung rechten Jugendszenen vorzubeugen. Im Hinblick auf die Fusion mit Osterode ist auch hier ein Ausbau der Stellenzahl anzustreben.
- die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten gegen menschenfeindliche Ideologien.
- die Aufklärung über die sexistische, nationalistische und homophobe Ideologie von Studentenverbindungen, um ihren Einfluss in der Gesellschaft zurückzudrängen. Die Streichung der Verbindungsliste von der Uni-Homepage war ein richtiger erster Schritt. Wir unterstützen Initiativen wie das Beratungstelefon "Falsch Verbunden" des AStA von 2012.
- die Demaskierung von "besorgten Bürgern" als das, was sie oftmals sind: Rassist*innen und getarnte Neonazis.
- die Verhinderung des Einzuges von rechten Gruppierungen in die kommunalen Parlamente. Wir fordern alle Menschen auf, wählen zu gehen, denn jede nicht abgegebene Stimme nützt extrem rechten Parteien wie AfD oder NPD.

Drogenpolitik

Die GJ strebt die Legalisierung von Cannabis und die Entkriminalisierung der Konsument*innen an. Wir wollen sachliche Aufklärung über die Risiken, treten gleichzeitig aber einer Dämonisierung des Cannabis-Konsums entgegen und vertrauen auf die Drogenmündigkeit der Konsument*innen. Unser Ziel ist die kontrollierte Abgabe von Cannabis-Produkten, die die Verbreitung von mit schädlichen Substanzen gestrecktem Cannabis ausschließt und die Ausweisung des THC-Gehaltes ermöglicht. Gleichzeitig soll therapeutisches Cannabis Schmerzpatient*innen kostenlos zur Verfügung stehen. Deswegen setzen wir uns ein für:

- eine Bewerbung der Stadt Göttingen für eine Sondergenehmigung, um ein kommunales Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis nach dem Vorbild von Düsseldorf anzustreben. Die von der Bundesebene geforderte wissenschaftliche Begleitung des Projekts soll durch eine Kooperation mit der Universität Göttingen und dem Universitätsklinikum gewährleistet werden.
- die Legalisierung des Cannabis-Eigenanbaus für den privaten Bedarf.

Repressive Verbotspolitik ist für uns keine Lösung im Umgang mit Drogen. Deswegen sprechen wir uns auch grundsätzlich gegen Alkoholkonsumverbote aus, wie es z.B. längere Zeit in der Nikolaistraße bestand. Dieses führt nur zu einer räumlichen Verlagerung des Problems und nicht zu seiner Lösung.

Netpolitik

Die digitale Vernetzung ist weit fortgeschritten und wird auch in Zukunft weiter voranschreiten. Dies bedeutet, dass Menschen ohne ausreichende Anbindung an die dazu nötige Infrastruktur von der Gesellschaft abgehängt werden. Des Weiteren wird es immer wichtiger, persönliche Daten im Internet zu schützen, damit unbefugte Dritte oder auch große Konzerne diese nicht zu unserem Schaden nutzen können. Deswegen setzen wir uns ein für:

- Freifunkrouter in allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen, sowie eine Förderung des Projekts durch die Kommune.
- Flächendeckendes, schnelles Internet auch im ländlichen Raum.
- die Nutzung von freier und offener Software durch die Stadt Göttingen. Hier könnte die Umstellung auf Linux (z.B. nach dem Vorbild von München "Limux") eine langfristige Kostenersparnis ermöglichen.
- Open Data und Open Government Prinzipien im Verwaltungshandeln.

Wohnraum

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Familien, Menschen mit geringem Einkommen, Geflüchtete und Studierende/Auszubildende ist das dringendste politische Problem in Göttingen. Es fehlen in den nächsten Jahren bis zu 5000 Wohnungen, der soziale Wohnungsbau ist zuletzt - auch durch bundespolitische Bremsklötze - fast zum Erliegen gekommen. Es muss jetzt nicht nur die Schaffung von Wohnraum in die Wege geleitet werden, sondern es muss auch eine gesellschaftliche Diskussion geben, wo dieser entstehen soll. Deswegen setzen wir uns ein für:

- massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.
- eine gesellschaftliche Debatte (von Verwaltung und Politik angestoßen), wo Wohnraum geschaffen werden soll.
- eine bessere Nutzung von Leerständen. Überblick kann dabei ein zu schaffendes Leerstandskataster geben. Dieses Kataster könnte z.B. eine Meldepflicht für alle Wohnflächen umfassen, die seit mehr als 3 Jahren ohne zwingende Gründe leerstehen. Dadurch kann Druck auf Wohnraumbesitzer*innen erhöht werden, die auf Mietsteigerungen spekulieren (spekulativer Leerstand). Vorbild für eine kommunale Regelung könnte das sogenannte Zweckentfremdungsverbot nach dem Vorbild von u.a. Köln und Münster sein, das auch die Möglichkeit der Verhängung von Bußgeldern beinhaltet.
- zivilgesellschaftlich initiierte Besetzungen von langjährig leerstehendem Wohnraum. Dies sollte toleriert und besetzte Häuser nicht geräumt werden. Die GJ ruft zur Beteiligung an solchen Aktionen auf.
- den Erhalt der kleinen Wohnheime des Studiwerks (die in der Wohnrauminitiative und in der here-to-stay-Kampagne organisiert sind). Das Aufhängen von Transparenten gegen Rassismus, Nationalismus und andere reaktionäre Ideologien ist Teil der Meinungsfreiheit und darf nicht vom Studiwerk verboten werden.
- die gleichberechtigte Unterstützung von Familien, Menschen mit geringen finanziellen Mitteln, Geflüchteten und Studierenden. Diese dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ihre Wohnraumbedürfnisse müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Das Proklamieren angeblicher "Etabliertenvorrechte" lehnen wir konsequent ab, im Fokus muss stattdessen der gemeinsame Einsatz für gemeinsame Ziele stehen: Wohnraum für alle.

- die Stärkung der Attraktivität des ländlichen Raums, indem dort Schulen, kleinere Lebensmittelläden und andere infrastrukturell wichtige Einrichtungen erhalten werden. Dazu gehört auch eine gute Abdeckung durch Angebote des ÖPNV.

Sozialpolitik

Viele soziale Einrichtungen Göttingens sind in den letzten Jahren von Einsparungen betroffen gewesen. Einige wurden von der Mietpreisentwicklung aus der Innenstadt verdrängt, z.B. die Straßensozialarbeit (Straso). Deswegen setzen wir uns ein für:

- den Erhalt aller sozialen Institutionen Göttingens, d.h. dass eine bedarfsgerechte Finanzierung gewährleistet wird. Die Verdrängung aus der Innenstadt muss gestoppt werden.
- einen Stopp der Verdrängung von Wohnungslosen, "Bettler*innen" und anderen armen Menschen aus dem Stadtbild. In diesem Zusammenhang fordern wir den Erhalt aller Sitzbänke auf dem Wall (und anderswo). Verdrängung ist keine Lösung des Problems Armut. Eine Unsichtbarmachung führt zu Dethematisierung und letztendlich zum Weiterbestehen sozialer Ungerechtigkeit. Ein Handeln nach dem Prinzip: "Aus den Augen, aus dem Sinn" lehnen wir strikt ab!

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Lernschwierigkeiten und der Abbau (struktureller) Diskriminierungen ist eine der wichtigsten Aufgaben, um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu erreichen. Deswegen setzen wir uns ein für:

- die Übersetzung aller wichtigen Texte zu sozialen Beratungsangeboten auf den jeweiligen Homepages der Organisationen in Leichte Sprache oder alternativ in Einfache Sprache.
- die Stärkung und Förderung von Eigeninitiativen Betroffener, wie z.B. der Selbsthilfe Körperbehinderter.
- die Stärkung der Behindertenbeiräte in Stadt und Landkreis Göttingen.

Feminismus/Frauen*politik

Gewalt gegen Frauen ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet, zumeist unsichtbar und eine Katastrophe für die Betroffenen. Frauenhäuser sind die wichtigsten Institutionen zum Schutz von Frauen*, die Gewalt erfahren haben, und ihren Kindern. Überproportional häufig trifft Gewalt Frauen* mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen. Für diese fehlt wegen mangelnder finanzieller Mittel ein Gesamtkonzept im Göttinger Frauenhaus. Das hiesige Frauenhaus ist bisher nicht barrierefrei. Seit 40 Jahren fehlt eine verbindliche und gesetzlich geregelte Finanzierung, die nicht von politischem Willen und Willkür abhängig ist. Durch die in den meisten Bundesländern herrschende Praxis der sog. Tagessatzfinanzierung wird zudem vielen Gruppen von Frauen* (z.B. Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus, Flüchtlingsfrauen*, Student*innen, Auszubildenden, Frauen* ohne Sozialleistungsanspruch) der Zugang zum Frauenhaus unmöglich gemacht. Wir unterstützen daher die Forderungen des bundesweiten Zusammenschlusses der Autonomen Frauenhäuser:

- für alle gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Schutz und Unterstützung im Frauenhaus zu gewährleisten.
- für alle Frauenhäuser in allen Bundesländern eine einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung auf gesetzlicher Grundlage zu sichern.

Weiterhin fordern wir:

- dass das Frauenhaus inklusiv und barrierefrei gestaltet wird.

Seit 2013 wurden die Mittel des Frauen-Notrufes um 13.500 €/Jahr gekürzt, so dass der Frauen-Notruf sein dringend benötigtes Angebot einschränken musste.

Weiter wird gewalterleidenden Frauen in Geflüchtetenunterkünften oft keinerlei Schutz oder Zufluchtsort geboten. Außerdem fehlt diesen Frauen oftmals eine Kinderbetreuung, die es ihnen ermöglichen würde, an Sprachkursen teilzunehmen. Wir wollen, dass allen Frauen* Schutz und Unterstützung geboten werden, die diese benötigen. Daher fordern wir:

- eine bedarfsgerechte Finanzierung für den Frauennotruf. Die erfolgten Kürzungen müssen zurückgenommen werden.
- besseren Schutz für Frauen* in Geflüchtetenunterkünften.
- eine bedarfsgerechte Unterstützung des Frauenprojekts Kore e.V. und anderer feministischer Initiativen.
- Kinderbetreuung für geflüchtete Frauen*.

Noch immer stellt die fehlende Gleichstellung zwischen Männern und Frauen* ein ungelöstes Problem dar. Frauen* verdienen bei gleicher Bildung, Beruf, Stellung und Erfahrung nach wie vor weniger als Männer. Außerdem werden Frauen* viel seltener in Führungspositionen eingesetzt und erleben durch die Erwartung von traditioneller Arbeitsteilung z.B. durch Baby- und Erziehungspausen berufliche Nachteile. Zudem sind Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst, welche zu 95% Frauen* ausüben, viel schlechter bezahlt. All dies führt zu einer Zahl von durchschnittlich 22% weniger Gehalt für Frauen*. Diese Ungleichheiten müssen konsequent angegangen werden. Deshalb fordern wir:

- eine Stärkung des Frauenbüros der Stadt Göttingen und eine Einstellung weiterer Gleichstellungsbeauftragte auf Grund der zu erwartenden Mehraufgaben nach der Fusion mit Osterode.
- eine stärkere finanzielle Unterstützung des Frauenforums.
- das kommunale Aufträge prioritär an Firmen gehen, die gleiche Gehälter für Frauen und Männer zahlen.
- 50 % Frauen*quote bei der Besetzung von Leitungspositionen der Verwaltung auf Stadt- und Kreisebene.
- Ziel: 50% der Sitze für Frauen* im Stadtrat, Kreistag und Ortsräten.
- die Nichtzulassung eindeutig sexistischer oder anderweitig diskriminierender Werbung auf kommunalen Werbeflächen.
- eine kommunale Haushaltsführung, die auf die Gleichberechtigung aller Geschlechter abzielt.

Homo- und Trans*phobie

Viele Menschen sind aufgrund ihrer Sexualität oder Geschlechtsidentität tagtäglich von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie werden konfrontiert mit gesellschaftlich verankerten Vorurteilen sowie der Ablehnung von gleichgeschlechtlicher Liebe oder Geschlechteridentitäten jenseits der binären Vorstellungen von "Mann" und "Frau" in vielen Teilen der Gesellschaft. Antifeministische Strömungen wie die "besorgten Eltern" oder die AfD hetzen gegen Bildungspläne für sexuelle Vielfalt und verbreiten homo- und trans*feindliche Parolen. Das Ausmaß der Ausgrenzung und Diffamierung zeigen hohe Zahlen an gewalttätigen Übergriffen und eine vergleichsweise höhere Suizidrate von betroffenen Jugendlichen. Wir stellen uns strikt gegen diese menschenfeindlichen Einstellungen setzen uns deswegen ein für:

- die Unterstützung von Projekten und Initiativen, die sich gegen Homo- und Trans*phobie richten und Aufklärungsarbeit gegen Klischees und Vorurteile leisten, wie z.B. den LesBiSchwulen Kulturtagen.
- die Unterstützung von Projekten, die homosexuelle Refugees beraten und unterstützen, z.B. das Patensystem der Initiative Face to Face.
- die Förderung von Beratungs- und Hilfsangeboten für Opfer von homo- und trans*phoben Übergriffen.

Ökologie/Tierschutzpolitik

Das aktuell brisanteste ökologische Thema in Göttingen bleibt der geplante Bau des Golfplatzes am Drachenberg bei Geismar. Trotz deutlicher Gegenmehrheit in Stadtrat und Zivilgesellschaft will die SPD diesen weiter durchsetzen, spielt auf Zeit und hofft auf andere politische Machtverhältnisse nach der Kommunalwahl. Wir fordern deshalb weiterhin:

- Grüngürtel statt Golfplatz! Naherholungsgebiet und Natur-Refugium statt Luxusprojekt für Eliten!

Göttingen ist eine Fahrradstadt. Wir setzen uns deshalb ein für:

- die Ausweisung von weiteren Fahrradstraßen. Ziel ist ein lückenloses Fahrradstraßennetz.
- die Einführung der Idaho-Regelung (Fahradfahrer*innen dürfen rote Ampeln wie Stoppschilder behandeln).
- eine fahrradoffene Innenstadt von 19 Uhr bis 7 Uhr nach dem Vorbild von Oldenburg, Lüneburg und anderen Städten.
- weitere Durchfahrtsberechtigungen von Einbahnstraßen in Gegenrichtung. Auch hier kann Oldenburg als Vorbild dienen. Dort dürfen alle Einbahnstraßen von Fahrradfahrer*innen in Gegenrichtung durchfahren werden.

Weiterhin setzen wir uns ein für:

- ein Auftrittsverbot für Zirkusse in Stadt und im Landkreis Göttingen, in deren Programm (Wild-)Tiere vorkommen, deren Haltung nicht artgerecht (möglich) ist .
- den Ausbau des Öffentliche Personennahverkehrs (ÖPNV).
- den Erhalt und die Vergrößerung des Baumbestands in Göttingen. In diesem Zuge fordern wir mehr als kompensierende Ausgleichspflanzungen bei Fällmaßnahmen.
- den Erhalt von Grünflächen. Die Flächenversiegelung muss gestoppt werden.
- die Unterstützung von Urban-Gardening Projekten wie "Göttinger Nährboden" oder den "Internationalen Gärten".
- eine Göttinger Politik gegen Lebensmittelverschwendung und für die Legalisierung des Containers.
- die konsequente Ächtung und den Verzicht auf Tropenholzprodukte.
- den Erhalt des Alte Botanischen Garten und seines Angebots für Kinder und Jugendliche wie die "Grüne Klasse".
- die Berücksichtigung von Naturschutzinteressen (insbesondere dem Vogel- und Fledermausschutz) bei der Ausweisung von Windenergie-Gebieten.
- die zügige Umsetzung der 20 nach europäischen Schutzrichtlinien (NATURA 2000: EU-Vogelschutzrichtlinie, Flora-Fauna-Habitatrichtlinie (FFH)) ausgewiesenen Göttinger Schutzgebiete in deutsches Recht. Dabei sind grundsätzlich strenge Schutzkategorien (Naturschutzgebiete, NSG) gegenüber weniger strengen (Landschaftsschutzgebiete, LSG) anzustreben.
- die Einrichtung eines Ausgleichsflächenkatasters, um den Erfolg von Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in die Natur langfristig überprüfen zu können.
- die konsequente Um- und Durchsetzung von Naturschutzmaßnahmen in Schutzgebieten. Insbesondere ist auf die strikte Einhaltung des Verschlechterungsverbot in FFH-Gebieten zu achten.
- die konsequente Um- und Durchsetzung von Naturschutzmaßnahmen bezüglich (Fließ-)Gewässern, insbesondere die Schaffung eines Gewässerrandstreifens von mindestens 10 Metern. In diesem Zuge fordern wir die strikte Einhaltung der Bestimmungen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).
- die großzügige Förderung des Göttinger Umwelt- und Naturschutzzentrums (GUNZ) und der darin organisierten Verbände.

Gedenkpolitik

Die aktuelle rassistische Mobilisierung in allen Teilen der Gesellschaft macht das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und Nazi-Terrors wichtiger denn je. Die Geschichte zeigt, wohin Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus führen. Gleichzeitig macht das Sterben der letzten Zeitzeug*innen neue Formen von Gedenkpolitik dringend nötig. Wir setzen uns deswegen ein für:

- die langfristige Sicherung der Zwangsarbeiter*innenausstellung, d.h. insbesondere die bedarfsgerechte Finanzierung der Personalkosten.
- eine Unterstützung der Geschichtswerkstätten Duderstadt und Göttingen.
- eine Unterstützung von Aufarbeitungsprojekten, wie dem Verein NS-Familien-Geschichte.
- die Schaffung von Kooperations-Projekten mit der KZ-Gedenkstätte Moringen (bei Northeim) und eine stärkere Thematisierung der darin inhaftierten Göttinger*innen. Möglich wären hier Kooperationen zwischen Göttinger Schulen und der Gedenkstätte und ein Pflichtbesuch im Rahmen des Geschichtsunterrichts, um einen lokalen Bezug zum Thema NS herzustellen.
- ein stärkeres Gedenken an die über 1600 Menschen, die von Göttinger Ärzten während des NS zwangssterilisiert wurden, darunter zahlreiche im KZ Moringen internierte und als "krankhaft entartete" und "geistig defekt" diffamierte Jugendliche.
- die Umbenennung von nach NS-Täter*innen, Kolonialist*innen und anderen Verbrecher*innen benannten Straßen und die Benennung nach Göttinger Widerstandskämpfer*innen und Antifaschist*innen, insbesondere nach Frauen (z.B. Lieschen Vogel).
- die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde für NS-Täter, z.B. des "Rassenhygienikers" Gottfried Jungmichel.
- mehr Gedenken im öffentlichen Raum. Durch Gedenktafeln an arisierten Häusern und die Verlegung von weiteren Stolpersteinen kann Geschichte sichtbar gemacht werden.
- die kritische Auseinandersetzung mit Militarismus, Nationalismus und Faschismus und die Umwandlung von Kriegsdenkmälern in Friedensmahnmale. Vorbild kann hier die Umgestaltung des Kriegerdenkmales in Duderstadt sein, das von einer Künstler*innengruppe durch Anbringung einer Friedenstaube umgewidmet wurde. Gleichzeitig fordern wir ein Werbeverbot für die Bundeswehr in Schulen und die Ausladung der Bundeswehr von der GöBit.
- die Anerkennung des 1991 von Faschisten ermordete Rosdorfers Alexander Selchow von der Bundesregierung als Opfer rechter Gewalt.

Rechtsstaat

Göttingen ist durch seine links-alternative Szene stark geprägt. Diese trägt maßgeblich zur Lebendigkeit der Stadt bei und hat dafür gesorgt, dass die noch vor 20 Jahren in und um Göttingen virulente Neonaziszene aus der Stadt vertrieben wurde. Der gesellschaftskritischen Haltung der links-alternativen Szene wird von konservativen Politiker*innen immer wieder mit Repression begegnet. Wir wenden uns gegen jede Form staatlicher Kriminalisierung von emanzipatorischen Strömungen und fordern deshalb:

- eine strikt deeskalative Polizeistrategie auf Demonstrationen.
- den Abzug der umstrittenen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) aus der Stadt.
- die öffentliche Freigabe der polizeilichen Verlaufsprotokolle umstrittener Einsätze.
- den Einsatz der Kommunalebene für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen.
- den Abzug sämtlicher V-Leute, Spitzel und Zuträger*innen staatlicher Überwachungsbehörden wie dem Verfassungsschutz aus der links-alternativen Szene.
- die Entfernung von linken Göttinger Gruppen (z.B. Rote Hilfe, ALI, Redical M, ASJ) aus dem Verfassungsschutzbericht und die sofortige Einstellung ihrer Beobachtung und Überwachung. Die GJ ruft zum Eintritt in die Rote Hilfe auf, um ein solidarisches Zeichen zu setzen.
- die Offenlegung und Aufarbeitung bisheriger Spitzel-Aktivitäten gegenüber den Betroffenen, insbesondere bezüglich besonders geschützter Berufsgruppen wie Journalist*innen und Anwält*innen.

- "Hände weg von linken Strukturen!", z.B. den Wohnheimen in der Roten Straße.

Wir setzen uns darüber hinaus für die unabhängige Untersuchung von Fällen von Polizeigewalt ein. In der Vergangenheit blieben Übergriffe immer wieder unaufgeklärt (z.B. Schünemann-Besuch 2012, Abschiebung im Neuen Weg 2014). Die GJ Göttingen setzt sich deswegen für die Schaffung einer unabhängigen und für Opfer von Polizeigewalt vertrauenswürdigen lokalen Untersuchungskommission ein.

